



# **SED-Pressdienst (PD)**

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

## **Inhaltsverzeichnis**

vom 7. Juni 1949

Wilhelm Piecks Appell an die Jugend  
Ansprache auf der Kundgebung des III. Parlaments der Freien  
Deutschen Jugend am 5. Juni 1949 in Leipzig

### **Nachrichten**

#### **Agitatoren der Nationalen Front**

Alle Deutschen für Einheit und Frieden begeistern  
Appell an Kölner Werktätige  
Nürnberger Lehrerschaft antwortet  
Bayerische Gewerkschafter an MAS-Belegschaft Toßfell

Für die Freilassung Max Reimanns  
Mit Herz und Verstand bei der Planerfüllung  
Störsuchdienst schaltet Fehlerquellen aus  
Belegschaft der Rüdersdorfer Zementfabrik holt auf  
Ein Minister dankt einer Belegschaft  
Halbjahrssoll in 5 Monaten übertroffen  
Leuna-Belegschaft spendet 100 000 DM für Wiederaufbau  
Belegschaften helfen der MAS Bischof  
"Die Würde des Menschen ist unantastbar"  
Zunehmende Wechselproteste in Schleswig-Holstein  
"Morden der Rote" im Dietz-Verlag  
Letzte Meldungen: Zum Fall Kriedemann  
Handbuch der Regeltechnik erforderlich  
Zeitstück-Preis ausschreiben vor dem Abschluss

### **Kommentare**

Keine Entkartellisierung - Wiederherstellung der Kapitalismacht  
Hier muss die Berliner Bevölkerung sprechen  
Deutschlands Jugend - Deutschlands Zukunft  
Die kalte Annexion des Saargebietes

### **Artikeldienst**

Die Aufgaben im Bauwesen (Willi Stoph)

### **Stimmen des Auslandes**

Englische Stimme für Wyschinskij  
Für Ost-West-Handel  
Amerikanische Anleihebedingungen  
Krise in den USA nimmt ihren Fortgang  
"Interventionsrecht" in Deutschland

### **Zur Information**

Nationalismus und sozialistischer Patriotismus

Pressedienst  
(PD).

7. Juni 1949  
Wilhelm Piecks Appell ... - 2 -

zeit für die Produktion des Betriebes, für die demokratische Ordnung, für eine gute Arbeit unserer demokratischen Organisationen verantwortlich fühlen. Konsequenter Demokrat zu sein, das heißt, mit wachen Augen durch die Welt zu gehen und nicht zu dulden, daß Agenten und Saboteure, Provokateure, Paulenzer und Schieber unseren friedlichen demokratischen Aufbau schädigen. Ihr müßt also lernen, Verteidiger der Interessen des schaffenden Volkes und Kämpfer für das neue demokratische und friedliche Deutschland zu sein.

Ihr lebt in einer Zeit, wo unser deutsches Volk einen harten Kampf für seine nationale Einheit und Selbständigkeit führt. Die nationale Einheit unseres Vaterlandes ist in größter Gefahr, weil imperialistische Mächte, unterstützt von profithungrigen Kapitalisten und käuflichen Lakaien-seelen, Deutschland zerreißen und zu einer Kolonie des amerikanischen Imperialismus machen wollen. Diese Gefahr muß abgewendet und die Einheit Deutschlands gesichert werden. Hierbei fällt der deutschen demokratischen Jugend eine große Verantwortung zu. Und darum auch unser Appell an Euch, sich einzu-reihen in die große Bewegung für Einheit und gerechten Frieden, in die nationale Front aller Deutschen, die ihre Heimat mehr lieben als Carepakete und Apfelsinen.

In diesem Kampf für die Einheit Deutschlands und den gerechten Frieden hat die Freie Deutsche Jugend bereits Großes geleistet. Der III. Deutsche Volkskongreß am 29. und 30. Mai konnte mit großer Freude feststellen, daß die Jugend unserer Zone mit drei Viertel Mehrheit der Arbeit des Deutschen Volksrates zustimmte und damit ihren Willen für die Einheit, für die Erlangung eines gerechten Friedens und den baldigen Abzug der Besatzungstruppen bekundete. Aber nicht nur die Jugend unserer Zone stimmt den Forderungen des Deutschen Volkskongresses zu, sondern in ganz Deutschland, überall wo junge Menschen zusammenkommen, Lehrlinge und Studenten, Bauern-söhne und junge Arbeiter und Arbeiterinnen, fordern sie Einheit und gerechten Frieden. Trotz aller Anfeindungen der den imperialistischen Westmächten dienenden Politiker und Zeitungsschreiber haben deutsche Jugendorganisationen mit unserer Freien Deutschen Jugend ernste Diskussionen geführt über das Ziel der deutschen Jugend, wie die Einheit Deutschlands erhalten und der Friede errungen werden kann. Über die Zonengrenzen hinweg bahnt sich die Verständigung und die Einheit der deutschen Jugend zum gemeinsamen Kampfe. Wir müssen der Jugend klarmachen, welche Rolle und welche Aufgaben die kommende Generation in einem friedlichen und demokratischen Deutschland zu übernehmen hat.

Der III. Deutsche Volkskongreß hat an die Pariser Außenminister-konferenz die Forderung nach der Einheit Deutschlands, dem gerechten Friedensvertrag und dem Abzug der Besatzungstruppen gestellt, Forderungen, die die nationale Selbständigkeit und den wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes sichern sollen. Es wurde eine Friedensdelegation gewählt, die diese Forderungen vor der Außenmi-nisterkonferenz begründen soll. Aber der Empfang dieser Delegation, die die Stimme des deutschen Volkes zu Gehör bringen soll, wurde von den drei westlichen Außenministern abgelehnt. Ich bin mir der Zustimmung der deutschen Jugend gewiß, wenn ich in ihrem Namen den schärfsten Protest gegen diese Ablehnung zum Ausdruck bringe und erneut die Forderung der Anhörung dieser Delegation stelle.

- 3 -

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Wilhelm Piecks Appell... - 3 -

Der III. Deutsche Volkskongreß hat durch die Annahme einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik der Jugend eine große Aufgabe zugewiesen. Im Artikel 52 dieser Verfassung wird erklärt, daß alle Bürger vom 18. Lebensjahr ab wahlberechtigt sind. Damit werdet Ihr alle, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, für mündige Bürger erklärt, die berechtigt und verpflichtet sind, an der Wahl der Organe der Deutschen Demokratischen Republik teilzunehmen. Im Gegensatz zu jenen reaktionären Kräften, die der Jugend das Recht und die Fähigkeit absprechen, von diesem Lebensjahre ab an der politischen Gestaltung Deutschlands teilzunehmen, erklären wir, daß die Jugend, die sogar schon früher als vom 18. Lebensjahr ab durch ihre Arbeit an dem demokratischen Aufbau unserer Wirtschaft teilnimmt, dazu berechtigt ist, auch an den politischen Entscheidungen teilzunehmen und darüber zu wachen, daß das Werk des Friedens und der Arbeit von niemandem bedroht wird.

Liebe Jungen und Mädchen, tragt diese Forderungen des Deutschen Volkskongresses in jede Werkstatt, jede Schule, in jede Dorfgemeinde und übermittelt das auch der Jugend des Westens. Ihr werdet dadurch ein festes, unzerreißbares Band zwischen der Jugend in ganz Deutschland knüpfen. An dieser Einheit werden auch die Bestrebungen der Kriegshetzer und Spalter Deutschlands zuzuschanden werden.

Die Tagung des III. Parlamentes der Freien Deutschen Jugend hat den Beweis erbracht, daß sie die große führende Kraft der deutschen Jugend ist, daß sich in ihr die fortschrittliche Jugend verkörpert und daß sie entscheidenden Anteil an der Erfüllung der vor dem deutschen Volke stehenden Aufgaben nimmt. Dieser Vormarsch wird noch ganz besonders dadurch bestätigt, daß die Freie Deutsche Jugend als vollberechtigtes Mitglied in den Weltjugendbund aufgenommen wurde, ein Bund, der die demokratische und friedensgewillte Jugend der ganzen Welt erfaßt.

Die Aufnahme der FDJ in den Weltjugendbund ist gerade wegen der Vergangenheit der deutschen Jugend von besonderer Bedeutung. Erinnert Euch, vor zehn Jahren zog die deutsche Jugend in einen Krieg, der namenloses Elend über die Jugend Europas brachte. Millionen Jugendlicher, besonders in Polen und in der Sowjetunion mußten sterben, weil das raubgierige deutsche Monopolkapital diese Länder überfiel. Die deutsche Jugend ließ sich für die verbrecherischen Ziele Hitlers zu den schändlichsten Missetaten gebrauchen. Der deutsche Name wurde dadurch auf das tiefste geschändet. Trotzdem wird von der Jugend aus den von den Nazibarbaren verwüsteten Ländern heute der deutschen Jugend die Freundeshand entgegengestreckt. Darin liegt die Anerkennung für den Geist der Freien Deutschen Jugend, die mit allen Völkern in Frieden leben will und für den demokratischen Aufbau in unserem Lande tätig ist. Aber seid Euch auch bewußt, daß dieses große Vertrauen, das Euch die Jugend der Welt entgegenbringt, auch eine ernste Verpflichtung enthält. Nie wieder dürfen wir zulassen, daß die Kriegshetzer und Kriegstreiber die Oberhand gewinnen und erneut die Brandfackel des Krieges in die Länder tragen. In der sowjetischen Besatzungszone haben wir mit dieser Arbeit begonnen. Hier haben wir die Stützen des deutschen Militarismus und der Aggression durch die demokratische Bodenreform

- 4 -

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Wilhelm Piecks Appell... - 4 -

und durch die Enteignung der industriellen Kriegsverbrecher entmachtet. Hier treten wir den kriegshetzern rücksichtslos entgegen und werden ihnen nicht gestatten, dieses Verbrechen am deutschen Volke fortzusetzen. Aber in den westlichen Besatzungszonen liegt die Sache anders. Dort sind die Kräfte, die den Hitlerkrieg finanzierten und die am Hitlerkrieg große Gewinne machten, noch an der Macht, dort werden sie von den westlichen Besatzungsmächten unterstützt, die mit ihrer Hilfe einen neuen Krieg provozieren wollen. So steht uns noch die große Aufgabe bevor, auch im Westen Deutschlands diese Kräfte unschädlich zu machen. Darin liegt die große Bedeutung unseres Kampfes für die Einheit und den gerechten Frieden, darum aber auch die Einheit der deutschen Jugend.

Wir haben hier vor uns den gewaltigen Aufmarsch lachender, jubelnder und hoffnungsfroher junger Menschen. Liebe Jungen und Mädchen! Ihr wollt keinen neuen Krieg! Ihr wollt den Frieden! Eure Lieder haben einen anderen Inhalt als die der Jugend von 1914 und 1939. Ihr singt vom friedlichen Aufbau, vom Wettbewerb um mehr Kohle, mehr Eisen und Brot, Ihr wollt ein anderes, ein besseres Leben und dieses bessere Leben soll ein friedliches Leben sein. Ihr singt das Lied der demokratischen Jugend der Welt, das alle Ländergrenzen und Ozeane überfliegt: "Freundschaft siegt, Freundschaft siegt."

Die Freundschaft zwischen allen Völkern, allen Rassen und Nationen ist die sieghafte Kraft gegen die kleine Gruppe internationaler Kriegshetzer und Kriegsgewinnler. Diese Kraft muß und wird den Krieg unmöglich machen und die Kriegstreiber in der ganzen Welt vernichten. Diesen Willen hat die gewaltige Weltfriedenskundgebung in Paris und Prag gezeigt. Aus 72 Nationen entsandten 600 Millionen Menschen ihre Delegierten, die allen Kriegshetzern der Welt mit einem heiligen Schwur erklärten: Wir wollen keinen Krieg, sondern wollen den Frieden und werden den Frieden erzwingen. Dieser Schwur muß in allen Ländern verwirklicht werden. Das ist die große Aufgabe, die auch uns in Deutschland gestellt ist. Und wir geben das Versprechen ab, wir werden diese Aufgabe erfüllen.

Wir können mit großer Zuversicht der Weiterentwicklung unseres Kampfes entgegensehen. Darin haben uns der III. Deutsche Volkskongreß und das III. Parlament der Freien Deutschen Jugend bestärkt. Über die Zonengrenzen hinweg vollzieht sich die große einheitliche Bewegung für Einheit und Frieden. Darin haben wir die Unterstützung aller friedliebenden Nationen und der gewaltigen Weltfriedensbewegung. Unsere Nachbarvölker sind davon überzeugt, daß ein friedliebendes geeintes Deutschland keine Gefahr mehr für den Frieden ist und deshalb haben sie Vertrauen zu uns und unterstützen unseren Kampf. Das wurde der deutschen Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem 9. Parteikongreß der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Volksrepublik durch eine herzliche Begrüßung zum Ausdruck gebracht. Dieses Vertrauen und diese Unterstützung haben auch dazu geführt, daß unser Freund Gerhart Eisler aus den Klauen der amerikanischen Reaktionäre befreit und ihm die Rückkehr in die deutsche Heimat ermöglicht wurde. Wie für ihn die Freiheit gefordert und erreicht wurde, so fordern wir auch für Max Reimann die Freiheit. Wir erheben den schärfsten

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Wilhelm Piecks Appell... - 5 -

Protest dagegen, daß er wegen seines politischen Kampfes für Einheit und Frieden von einem britischen Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und jetzt zur Verbüßung dieser Strafe verhaftet wurde. Wir werden nicht locker lassen, bis wir auch ihm die Freiheit verschafft haben. So steht auch der Kampf für die Freiheit des von der französischen Militärregierung verhafteten antifaschistischen Studenten Oskar Hauser. Das ganze Gerede der westlichen Militärregierungen über die persönliche Freiheit wird als eine abgrundtiefe Heuchelei entlarvt durch die Terrormaßnahmen, die sie gegen Kämpfer für Einheit und Frieden anwenden.

Liebe Jungen und Mädchen, liebe Freunde! Ihr habt jetzt große Festtage auf Eurem III. Jugendparlament erlebt. Die Begeisterungstürme, die Euren Kongreßsaal erfüllten und die hier über diese gewaltige Kundgebung hinwegbrausen, werden noch lange in Eurem Gedächtnis nachklingen und werden Eure Arbeit befruchten. Wenn Ihr nun zurückkehrt in Eure Heimat, in Eure Betriebe, in die Städte und Dörfer, dann berichtet von der Kraft der Jugend, von der Solidarität aller fortschrittlichen Menschen mit der Jugend und von der Freundschaft, die alle friedliebenden Menschen für unsere große nationale Sache, für Einheit und Frieden, zusammenschließt. Vor Euch steht die Erfüllung der großen Aufgaben, die Euch das III. Jugendparlament gestellt hat, insbesondere das Max-Reimann-Aufgebot, bis zu dem Budapester Weltjugendtreffen 150 000 neue Mitglieder für die FDJ zu gewinnen. Aber um unsere große Sache zum Siege zu führen, vergeßt nie die große Tagesforderung: Lernen, lernen und immer wieder lernen, auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Politik, der Kultur und der Wissenschaft. Werdet und seid bewußte Kämpfer für unsere große und heilige Sache, die eine Sache des Völkerfriedens und der Völkerwohlfahrt ist. Große Entscheidungen gehen in der Welt vor sich, die uns die Sicherheit des Sieges geben.

Im Kampf für den Frieden und die Völkerverständigung grüßen wir die demokratische Volksarmee Chinas zu ihren gewaltigen Erfolgen in der Befreiung des chinesischen Volkes aus der Sklaverei des amerikanischen Imperialismus.

Im Kampf für den Frieden und die Völkerverständigung grüßen wir die heldenhaften Kämpfer der griechischen Freiheitsarmee und sind ihres Sieges über die Monarchofaschisten und ihre amerikanischen Finanziers gewiß.

Im Kampfe für den Frieden und die Völkerverständigung grüßen wir das große Sowjetvolk und die sowjetische Jugend zu der grandiosen Verwirklichung des Sozialismus, der vor sich geht unter der Führung der Partei Lenins und Stalins, mit dem großen Stalin an der Spitze.

Es lebe die Freie Deutsche Jugend!  
Es lebe der Weltjugendbund!  
Es lebe der Kampf und der Sieg für die Einheit  
Deutschlands und den Frieden!  
Freundschaft siegt!



Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949

N a c h r i c h t e n  
=====

Agitatoren der Nationalen Front  
Alle Deutschen für Einheit und Frieden begeistern (Halle, 7.6. E.B.)

"Wir Delegierten des 3. Deutschen Volkskongresses verliessen Berlin mit dem festen Willen, als Agitatoren der Nationalen Front in die Städte und Dörfer, in die Betriebe und Werkstätten hinauszugehen, um auch den letzten Deutschen für den Kampf um Einheit und Frieden zu begeistern", so erklärte der vom Volkskongress zurückgekehrte Delegierte Wolf S c h ü t z e aus dem Chemiewerk Buna. In den Gesprächen mit westdeutschen Teilnehmern sei immer wieder die Notwendigkeit nach der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands als Grundlage für Fortschritt und kulturellen Aufbau betont worden. "Wir sind uns bewusst", so äusserte Schütze weiter, "dass unsere Aufgabe mit Abschluss des Kongresses nicht erfüllt ist, sondern dass wir die Pflicht haben, unsere ganze Kraft für die Entwicklung und Stärkung der Nationalen Front einzusetzen."

Appell an Kölner Werktätige  
-----

Z e i t z , 7.6. (E.B.)

Die Belegschaft des Hydrierwerkes Zeitz richtete in einem Brief an die Arbeiter und Angestellten des Hydrierwerkes Wesseling bei Köln den Appell, sich mit ihnen in der Nationalen Front zur Verwirklichung der Einheit Deutschlands und zur Erhaltung des Friedens zu vereinen.

Nürnberger Lehrerschaft antwortet  
-----

N ü r n b e r g , 7.6. (E.B.)

Von Dr. K o r f f , Leiter des Schul- und Kulturreferats beim Stadtrat zu Nürnberg, ging <sup>ebenfalls</sup> an die Lehrerschaft der Stadt Plauen i.V. gerichtete Schreiben ein:

"Die anlässlich der Aufhebung der Verkehrssperre zwischen Ost und West übermittelten telegrafischen Grüsse an die Lehrkräfte aller Schulen Nürnbergs wurden mit bestem Dank und Freude aufgenommen. Die Lehrerschaft der Schulen Nürnbergs gibt der Hoffnung Ausdruck, dass dadurch der Grundstein zu gemeinsamer Arbeit gelegt wird und noch manche ungeklärten Probleme auf einer friedlichen Basis ihrer Lösung entgegen gesehen, die im Geiste der Einheit Deutschlands liegt."

Pressedienst  
(PD)

Nachrichten 7. Juni 1949  
- 2 -

Bayerische Gewerkschafter an MAS-Belegschaft Thoßfell (Vogtl.)

W e i s s e n b u r g , 7.6. (E.B.)

Der Ortsausschuss Weissenburg des Bayerischen Gewerkschaftsbundes richtete an die Belegschaft der Maschinen-Ausleih-Station Thoßfell (Vogtl.) ein Schreiben, in dem es heisst:

"Wir geben mit heutigem Schreiben der Hoffnung Ausdruck, dass unser gemeinsames Wollen und Streben zu einer Einheit Gesamtdeutschlands baldmöglichst Früchte trägt und uns der Erfolg nicht versagt bleibt."

Für die Freilassung Max Reimanns

B e r l i n , 7.6. (E.B.)

Im Namen von 200 000 Bergarbeitern der Ostzone protestierte der Zentralvorstand der IG. Bergbau gegen den Willkürakt der britischen Militärregierung, die den bewährten Antifaschisten und Vorkämpfer für nationale Einheit, Max Reimann, erneut einkerkern liess. Die IG. Bergbau fordert die sofortige Haftentlassung Max Reimanns. Dieser Forderung haben sich u.a. auch die Belegschaften des Gummiwerks Riesa, der Steingutfabrik Dresden, aller volkseigenen Grossbetriebe des 12. Stadtbezirks Dresden, der Sozialversicherungsanstalt Sachsen angeschlossen.

"Wir sehen in der erneuten Verhaftung Max Reimanns durch die britische Militärregierung einen willkürlichen Eingriff in die Souveränität unseres Volkes zu einem Zeitpunkt, da in Paris die Aussenminister über das Schicksal Deutschlands beraten", heisst es in einer Entschliessung, die auf einer von Studenten der Martin-Luther-Universität Halle-Magdeburg im "Volkspark"-Halle veranstalteten Protestkundgebung einstimmig zur Annahme gelangte. "Wir fordern die sofortige Freilassung Max Reimanns und damit die Freiheit für alle wahrhaft nationalen Kräfte, die uneingeschränkt für die Einheit Deutschlands und die Sache des Friedens kämpfen."

Mit Herz und Verstand bei der Planerfüllung

Störsuchdienst schaltet Fehlerquellen aus

P o t s d a m , 7.6. (E.B.)

Mit dem Ziel, den Ausfall von Maschinen, Baggern, E-Loks und Förderwagen zu vermindern, organisierte die Betriebsleitung des Braunkohlenwerkes "Jonny Scheer" einen gut funktionierenden Störsuchdienst. Er meldet von den Stationen Abraum, Grube, Brikettfabrik und von den Weichenstellern sowie aus den Werkstätten laufend Produktionsergebnisse und alle Betriebsschäden. Sie werden sofort in einer vielseitigen, farbigen Statistik ausgewertet. So konnten die Techniker z.B. serienmässig auftretende Wicklungsdefekte an E-Lok-Fahrmotoren und falsche Schmiermittelzusammensetzungen kurzfristig erkennen und die Fehlerquellen umgehend ausschalten.

- 3 -

Pressedienst  
(PD)

Nachrichten - 3 - 7. Juni 1949

Diese systematische Störungsermittlung ermöglichte es, seit September 1947 bis heute den Ausfall der E-Loks von 24,3 auf 14,3 % einzuschränken. Eine beispielhafte nachahmenswerte Massnahme zur Leistungssteigerung.

Belegschaft der Rüdersdorfer Zementfabrik holt auf

P o t s d a m , 7.6. (E.B.)

Trotzdem in der Rüdersdorfer Zementfabrik statt der im zweiten Quartal eingeplanten vier Drehrohöfen nur drei in Betrieb waren, übererfüllte die Belegschaft das Soll. Sie konnte mit einer Rekordleistung ausserdem die noch an der April-Planerfüllung fehlenden drei % aufholen. "Um den Ausfall des Ofens wettzumachen, vergrösserten wir die Kapazität der übrigen durch bessere Feuerungstechnik", erklärte uns Brenner Tennert. "Ebenfalls trug die Qualitätserhöhung des Rohmaterials wesentlich zu unserem Erfolg bei."

Gleichzeitig konnte im Rüdersdorfer Kalkstein-Tiefbau die Produktion durch Wettbewerbe wesentlich gesteigert und damit einer der hemmendsten Materialflüsse überbrückt werden. Vor allem die Wettbewerbsieger Kerschke, Gesche und Gliesche entwickelten das Schram-Abbauverfahren weiter. Sie führten zum Bohren von Sprenglöchern arbeitsersparende Druckluftrohbohrer ein, organisierten eine vorbildliche Arbeitsteilung und überboten dadurch die Norm im Mai mit über 70 %. Sie beträgt für eine Schichtkammeradschaft täglich 90 cm Vortrieb in das 2,8 Meter breite und bis 2,50 Meter hohe Schramloch.

Weil diese beste Schramgruppe ihre Erfahrungen auswertete und die anderen Kollektive anleitete, wurde auch eine Höchstleistung des Kalkwerkes ermöglicht. Jetzt wollen Schiesseuer-Kerschke und seine Kumpels, die täglich 25 000 bis 30 000 kg Kalkstein von Hand verladen, zu einer weiteren Verbesserung der Leistung den Bau einer automatischen Verladerutsche vorschlagen.

Die Rüdersdorfer Bergleute haben ihre wichtige Aufgabe erkannt, der Baustoffindustrie mehr Kalkstein als bisher zu liefern, damit das Neubauernbauprogramm und die Erweiterungspläne volkseigener Betriebe verwirklicht werden können. Jetzt sollte die technische Intelligenz in Rüdersdorf auch ihrerseits tatkräftig mithelfen, die schwere körperliche Arbeit der Kumpels zu erleichtern und so die Lösung der grossen Aufgaben entscheidend zu fördern.

Ein Minister dankt einer Belegschaft

H a l l e , 7.6. (E.B.)

Der Belegschaft der Schwerspatgrube Silberbach im Harz, die ihr Fördersoll für das erste Halbjahr 1948 bereits in vier Monaten um 7 % übererfüllte, hat der Wirtschaftsminister Paul L ä h n e die besondere Anerkennung und den Dank der Landesregierung Sachsen-Anhalt ausgesprochen.



Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Nachrichten - 4 -

Halbjahrssoll in 5 Monaten übertroffen  
-----

Z w i c k a u , 7.6. (E.B.)

Die Belegschaft der Zwickauer Baumwollspinnerei sollte im ersten Halbjahr 480 t Baum- und Zellwollgarne produzieren. Dieses Soll konnte sie bereits am 31. Mai um 12,5 % überbieten. Gleichzeitig stieg im Berichtszeitraum die ausgezahlte Lohnsumme um 26,1 %.

Leuna-Belegschaft spendet 100 000 DM für Wiederaufbau  
-----

H a l l e , 7.6. (E.B.)

98.082,65 DM wurden vom November 1948 bis April 1949 von der Belegschaft des Chemiewerkes Leuna für die Hilfsaktion der Volkssolidarität Sachsen-Anhalt "Wir bauen auf" aus freiwilligen Spenden aufgebracht.

Belegschaften helfen der MAS Bischdorf  
-----

L ö b a u , 7.6. (E.B.)

Für den Ausbau der MAS Bischdorf spendete die Belegschaft des Bahnbetriebswerks Löbau einen kompletten Satz Schraubenschlüssel, ein unbekannter vier Festmeter Holz für die Möbelfertigung, der FDGB einen Satz Schweissbrenner. Reparaturarbeiten für die MAS führen die Betriebsangehörigen der Spinnerei und Weberei Neugersdorf aus. Einen Satz Bohrer, 15 Bücher für eine Bibliothek, eine Lesemappe mit Frauenzeitschriften vervollständigen die Spendenliste für die MAS. An den Ausschachtungsarbeiten für ein Kulturhaus werden sich u.a. auch 20 Frauen beteiligen.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar"

K i e l , 7.6. (E.B.)

In dem vom "Parlamentarischen Rat" nach monatelangem Kuhhandel beschlossenen "Grundgesetz" heisst es in Artikel 1: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Im Lande Schleswig-Holstein z.B. sieht es mit der "Würde des Menschen" so aus:

In der ehemaligen Pickert-Kaserne in Kiel-Gaarden hausen vielfach mehrere Familien in einem Raum, der Küche, Wohn- und Schlafzimmer zugleich ist. Die einzelnen Familien haben sich lediglich durch Wolldecken voneinander abgegrenzt. An den Stubendecken fehlt grösstenteils der Putz und Deckenstücke hängen teilweise in die Räume.

Im Armenhaus Schleswig-Holstein gibt es nach einer Angabe des Ministerpräsidenten Lüdemann noch 170 000 Menschen, die in ebenso unwürdigen Verhältnissen hausen, wie sie in der Pickert-Kaserne in Kiel-Gaarden üblich sind.

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Nachrichten - 5 -

Zunehmende Wechselproteste in Schleswig-Holstein

K i e l , 7.6. (E.B.)

Die Zahl der zu Protest gehenden Wechsel steigt in Schleswig-Holstein ständig. Mit einem Betrag von 1,174 Mill. Westmark bei 359 Wechseln war der Umfang der Proteste im November des Vorjahres noch gering. Er stieg im Dezember auf 494 Proteste mit 2,158 Mill. Westmark, kletterte im Januar wertmässig auf 3,051 Mill. Westmark, im Februar auf 4,161 Mill., im März auf 6,245 Mill. und erreichte im Mai die beachtliche Höhe von 7,425 Mill. Westmark. Die Zahl der Protestwechsel stieg vom Februar mit 2 616 im Mai auf 5 197.

"Morten der Rote" im Dietz-Verlag

B e r l i n (E.B.)

Zum erstenmal bringt der Dietz-Verlag in deutscher Übersetzung den Roman "Morten der Rote" von Martin-Andersen Nexø heraus. Der Roman wird bis zum 26. Juni, dem 80. Geburtstag des grossen dänischen Dichters erscheinen, dessen bereits bekannte Werke "Pelle der Erboerer", "Ditte Menschenkind", "Ins Gottesland" und "Überfluss" zu den meistgelesenen Büchern fortschrittlicher Romanliteratur gehören.

Letzte Meldungen:

Zum Fall Kriedemann

Ein Vorschlag an Dr. Schumacher

H a n n o v e r , 7.6. (E.B.)

Auf die Frage, was er zu der Pressenotiz sage, Kriedemann werde gegen das Urteil des Landgerichts Hannover Revision einlegen, antwortete der stellvertretende Vorsitzende der KPD, Kurt M ü l l e r : "Das beeindruckt mich überhaupt nicht. Kriedemann weiss, dass er weiter nichts mehr zu verlieren hat und greift deshalb, wie ein Ertrinkender, nach dem letzten Strohalm. In dieser Angelegenheit habe ich nur noch einen Vorschlag zu machen: Ich schlage Herrn Dr. Schumacher vor, in Hannover eine gemeinsame Mitgliederversammlung der SPD und KPD durchzuführen, auf der mit derselben Sachlichkeit wie vor Gericht die Angelegenheit des Gestapo-Agenten "S 9" behandelt wird. Dadurch wird die Möglichkeit gegeben, dass sich die Mitglieder ein objektives Urteil über den Fall Kriedemann bilden können."

Untersuchungsausschuss des Wirtschaftsrates gefordert

Frankfurt, 7.6. (E.B.)

"Wir beantragen, dass ein Untersuchungsausschuss die gegen den Geschäftsführer und Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat, Kriedemann, erhobenen Beschuldigungen im Interesse aller Beteiligten untersuchen soll", fordert die KPD-Fraktion des Zweizonen-Wirtschaftsrates.

In einer Sitzung des Wirtschaftsrates, in dem Kriedemann den stellvertretenden Vorsitz führte, wurde ihm vom CSU-Abgeordneten Z w i c k n a g e l nahegelegt, von seinem Posten zurückzutreten. Kriedemann lehnte dieses Ersuchen ab. Es ist zu erwarten, dass das Plenum des Wirtschaftsrates zu dieser skandalösen Angelegenheit Stellung nehmen wird.

Pressedienst  
(FD)

7. Juni 1949

Hans Stöcker gestorben

Am 3. Juni 1949 ist unser Genosse Hans S t ö c k e r nach langem schwerem Leiden verstorben. Sein Tod wurde verursacht durch einen schweren Unglücksfall, dem er sich in seiner Arbeit im Interesse des Wiederaufbaus unseres Landes zugezogen hatte.

Unser Genosse Hans Stöcker, Mitarbeiter der Organisationsabteilung des Parteivorstandes, ist am 16. Juni 1901 als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Von seiner frühesten Jugend an widmete er sein ganzes Leben dem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse. Bereits als Lehrling trat er dem Deutschen Metallarbeiterverband bei und seit 1922 war er Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. Im Januar 1924 geriet er in die Fänge der Klassenjustiz und wurde ins Gefängnis geworfen. Er war ein mutiger Kämpfer gegen den Faschismus. Seit 1933 wurde er ununterbrochen von den faschistischen Terroristen verfolgt. Elf Jahre Schutzhaft und Gefängnis vermochten nicht den Mut unseres Genossen Stöcker zu brechen. 1937 brachte man ihn in das Konzentrationslager Sachsenhausen, um ihn am 10. November 1944 mit einer Anzahl antifaschistischer Häftlinge zum Militärdienst in die Formation "Dirlewanger" zu pressen, deren Einfluss er sich jedoch schnell entzog. Er widmete alle seine Kräfte nach der Zerschlagung des Faschismus dem Wiederaufbau, der Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands.

Wir verlieren in ihm einen unserer fähigsten, jederzeit einsatzbereiten und zielklaren Genossen, Sein Tod reißt eine schmerzliche Lücke in unsere Reihen.

Wir bewahren unserem Genossen ein ehrendes Andenken.

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949

Handbuch der Regeltechnik erforderlich

B e r l i n (E.B.)

Im gut besuchten Vortragssaal der Kammer der Technik hielt Oberingr. K. Schulze einen interessanten Vortrag über den Entwicklungsstand der neuzeitlichen Regeltechnik. Der Vortragende ging auch auf die bisher geleistete Entwicklungsarbeit auf diesem Spezialgebiet der Technik ein und vermittelte den Anwesenden einen anregenden Überblick über die Wirkungsweise der elektrischen, hydraulischen, pneumatischen und besonders der elektropneumatischen Regler für die verschiedensten Anwendungsgebiete und Entwicklungsrichtungen der heutigen Regeltechnik.

Die Aussprache ergab mehrere Punkte von allgemeinem Interesse. So führte Direktor S c h r ö d e r aus, dass in der Regeltechnik bisher rein erfahrungsmässig gearbeitet wurde, während die theoretische Forschung auf diesem Gebiet es nicht verstanden habe, ihre Ergebnisse so darzubieten, dass eine Anwendung in der täglichen Praxis möglich sei. Es fehlt das Bindeglied zwischen Theorie und Praxis. Etwa ein Handbuch der Regeltechnik, welches neben den Spezialvorlesungen und Sonderseminaren an den technischen Hochschulen und technischen Fachschulen die Möglichkeit gibt, den bisher noch gänzlich fehlenden Nachwuchs auf diesem interessanten und bedeutungsvollen Fachgebiet heranzuschulen. Alle an der Aussprache teilnehmenden Fachleute waren sich darüber einig und betonten, dass es notwendig sei, die durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse fast zum Stillstand gekommene Entwicklung auf dem Gebiet der Regeltechnik wieder zu beleben, damit Deutschland konkurrenz- und exportfähig bleibe. Die KdT wird aus diesem Grunde alle an diese Fragen interessierten Fachleute zu gemeinsamer Arbeit an diesen Problemen zusammenführen und erbittet schriftliche Meldungen.

Zeitstück-Preisausschreiben vor dem Abschluss

D r e s d e n (E.B.)

Auf der Tagung der Sächsischen Intendanten am 17./18. Juni in Dresden werden die Namen der Preisträger bekanntgegeben, die entsprechend dem Preisausschreiben des Sächsischen Ministerpräsidenten Max Seydewitz Zeitstücke schrieben, die das stille Heldentum unseres werktätigen Volkes beim Neuaufbau unserer durch den Hitlerkrieg zerstörten Wirtschaft dichterisch zum Ausdruck bringen.

Den Teilnehmern am Wettbewerb wird eine sorgfältige Beurteilung ihrer Arbeiten durch die Jury übergeben werden. Im Rahmen der gleichen Veranstaltung werden Kräfte der Deutschen Volksbühne Dresden aus den zwei erfolgreichsten Stücken, die durch das Preisausschreiben zutage kamen, charakteristische Szenen zur Vorführung bringen. Weiterhin werden die Teilnehmer am Preisausschreiben Gelegenheit haben, mit der Jury, mit den Intendanten und anderen Interessenten die Ergebnisse des Wettbewerbes zu diskutieren und die dabei gemachten Erfahrungen zu beleuchten.

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949

K o m m e n t a r e  
=====

Keine Entkartellisierung - Wiederherstellung der Kapitalmacht  
(PD)

In Punkt 12 der Potsdamer Beschlüsse wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, in Deutschland die übermäßige Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte, die besonders in der Gestalt von Kartellen, Syndikaten, Trusts und anderen monopolistischen Abkommen zum Ausdruck kommen, zu vernichten.

Wie die englischen Besatzungsbehörden den Punkt 12 des Potsdamer Abkommens erfüllten, kann man an der Tätigkeit des bekannten Nazis Dinkelbach verfolgen. Dinkelbach war einer derjenigen, die so eifrig Hitler unterstützten. Unter dem Hitler-Regime war er Direktor des größten Konzerns, der Vereinigten Stahlwerke. Bereits auf der Moskauer Außenministerkonferenz charakterisierte Molotow Dinkelbach als einen der Organisatoren des deutschen Faschismus und der Aggression. Die englischen Behörden hielten es jedoch für angebracht, diesen Nazi für die Demokratisierung der Wirtschaft ihrer Zone zu verwenden. Jetzt, nachdem die Komödie seiner Entnazifizierung durchgeführt wurde, steht dieser Mensch an der Spitze der Stahl- und Eisenindustrie der ganzen englischen Zone, darunter auch des Ruhrgebiets.

Wie zum Hoffen auf die Arbeiter des Ruhrgebiets wurde Dinkelbach von der englischen Militärverwaltung beauftragt, sogenannte Entwürfe der Sozialisierung der Industrie in der britischen Zone aufzustellen. Die englische Militärverwaltung wandte alle Mittel an, um diesen Menschen an der Spitze der Stahlindustrie der englischen Zone und des Ruhrgebietes zu erhalten. Dinkelbach seinerseits tat aus Dankbarkeit zu seinen Herren alles, was in seinen Kräften stand, um die Werktätigen an der Ruhr bezüglich seiner eigenen und der anglo-amerikanischen Pläne in der Ruhrindustrie irrezuführen. Er versicherte, daß er ein erbitterter Feind der Kartelle sei, ein Anhänger der Entkartellisierung und sogar der Sozialisierung.

Dieses Manöver brauchte er, um einstweilen seine Pläne der Rekartellisierung der Ruhrindustrie und der Vorbereitung der Rückkehr der Ruhrmagnaten in ihre früheren Stellungen zu manipulieren. Seine Demagogie war notwendig, um die Monopolisten davor zu retten, daß man ihr Vermögen in die Hände des Volkes übergibt. Als die passende Zeit gekommen war, warf er seine Maske ab und trat in seiner wahren Gestalt, in der Gestalt des Verteidigers und Vertreters des Monopolkapitals auf.

Am 10. November vorigen Jahres wurde von den Engländern und Amerikanern das Gesetz Nr. 75 erlassen, über die Wiedereinsetzung der Ruhrmagnaten in ihre alten Rechte, die sie unter dem Hitler-Regime hatten. Bereits am nächsten Tage legte der Nazi Dinkelbach seine Karten offen auf den Tisch. Er erklärte vor einer Versammlung der Industriellen in Düsseldorf: "Ich habe immer gesagt, daß die ehemaligen Eigentümer nichts verlieren werden. Jetzt werden die



Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949

K o m m e n t a r e

=====

Keine Entkartellisierung - Wiederherstellung der Kapitalsmacht

(PD)

In Punkt 12 der Potsdamer Beschlüsse wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, in Deutschland die übermäßige Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte, die besonders in der Gestalt von Kartellen, Syndikaten, Trusts und anderen monopolistischen Abkommen zum Ausdruck kommen, zu vernichten.

Wie die englischen Besatzungsbehörden den Punkt 12 des Potsdamer Abkommens erfüllten, kann man an der Tätigkeit des bekannten Nazis Dinkelbach verfolgen. Dinkelbach war einer derjenigen, die so eifrig Hitler unterstützten. Unter dem Hitler-Regime war er Direktor des größten Konzerns, der Vereinigten Stahlwerke. Bereits auf der Moskauer Außenministerkonferenz charakterisierte Molotow Dinkelbach als einen der Organisatoren des deutschen Faschismus und der Aggression. Die englischen Behörden hielten es jedoch für angebracht, diesen Nazi für die Demokratisierung der Wirtschaft ihrer Zone zu verwenden. Jetzt, nachdem die Komödie seiner Entnazifizierung durchgeführt wurde, steht dieser Mensch an der Spitze der Stahl- und Eisenindustrie der ganzen englischen Zone, darunter auch des Ruhrgebiets.

Wie zum Hohn auf die Arbeiter des Ruhrgebiets wurde Dinkelbach von der englischen Militärverwaltung beauftragt, sogenannte Entwürfe der Sozialisierung der Industrie in der britischen Zone aufzustellen. Die englische Militärverwaltung wandte alle Mittel an, um diesen Menschen an der Spitze der Stahlindustrie der englischen Zone und des Ruhrgebietes zu erhalten. Dinkelbach seinerseits tat aus Dankbarkeit zu seinen Herren alles, was in seinen Kräften stand, um die Werktätigen an der Ruhr bezüglich seiner eigenen und der anglo-amerikanischen Pläne in der Ruhrindustrie irrezuführen. Er versicherte, daß er ein erbitterter Feind der Kartelle sei, ein Anhänger der Entkartellisierung und sogar der Sozialisierung.

Dieses Manöver brauchte er, um einstweilen seine Pläne der Rekartellisierung der Ruhrindustrie und der Vorbereitung der Rückkehr der Ruhrmagnaten in ihre früheren Stellungen zu manipulieren. Seine Demagogie war notwendig, um die Monopolisten davor zu retten, daß man ihr Vermögen in die Hände des Volkes übergibt. Als die passende Zeit gekommen war, warf er seine Maske ab und trat in seiner wahren Gestalt, in der Gestalt des Verteidigers und Vertreters des Monopolkapitals auf.

Am 10. November vorigen Jahres wurde von den Engländern und Amerikanern das Gesetz Nr. 75 erlassen, über die Wiedereinsetzung der Ruhrmagnaten in ihre alten Rechte, die sie unter dem Hitler-Regime hatten. Bereits am nächsten Tage legte der Nazi Dinkelbach seine Karten offen auf den Tisch. Er erklärte vor einer Versammlung der Industriellen in Düsseldorf: "Ich habe immer gesagt, daß die ehemaligen Eigentümer nichts verlieren werden. Jetzt werden die

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Kommentare - 2 -

deutschen Unternehmer nicht nur die Industrie leiten, sondern auch die Interessen der Eigentümer verteidigen." Nach seinen Handlungen zu urteilen, rechnete Dinkelbach damit, daß die anglo-amerikanischen Militärbehörden ihm nicht im Wege stehen würden. Er hatte auch allen Grund dazu. Als die anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden Dinkelbach in Übereinstimmung mit dem Gesetz Nr. 75 an die Spitze des Treuhänderrates der Stahlindustrie stellten, wußten sie sehr gut, wem sie die Hüttenindustrie Westdeutschlands anvertrauten, Dinkelbach gründete sehr bald einen Superkonzern.

In der Stahlindustrie wurden 1926 neue Aktiengesellschaften gegründet, und Dinkelbach wurde Vorsitzender aller Verwaltungsräte und Treuhänderschaftsinstanzen dieser Aktiengesellschaften. Diese sogenannte Reorganisierung führte man nach dem Muster der Reorganisierung der Vereinigten Stahlwerke durch, die von Dinkelbach im Jahre 1926 vorgenommen wurde. Wie die Agentur Reuter vermerkte, war die Reorganisierung des Konzerns der Vereinigten Stahlwerke im Jahre 1948 in noch vollkommenerer Form durchgeführt worden. Ermutigt durch die feste Position Dinkelbachs und die Unterstützung seitens der anglo-amerikanischen Behörden verkündeten die Ruhrindustriellen auf dieser Tagung in Düsseldorf Ende vorigen Jahres: "Die Stunde für unser Handeln ist gekommen!" Dies bedeutete einen Aufruf zum Angriff auf die Rechte der Werktätigen in Westdeutschland und in erster Linie auf die Rechte der Werktätigen des Ruhrgebiets. Die deutschen Monopolisten, die unmittelbaren Schuldigen am zweiten Weltkrieg, erhoben wiederum den Kopf unter dem Schutz der anglo-amerikanischen Behörden.

Diese Lage ist eine logische Folge der gröblichen Verletzung der Potsdamer Beschlüsse durch die Westmächte.

(M.R.)

Hier muß die Berliner Bevölkerung sprechen

B e r l i n (PD)

In einem menschenleeren Ausflugslokal am Wannsee standen am Pfingstmontag zwei beschäftigungslose Kellner und schimpften. "Die Herren 'streikenden' Eisenbahner lassen sich mit amerikanischen Care-Paketen traktieren und leben jetzt besser, als wenn sie arbeiten. Die Vernünftigen unter ihnen hindert man an der Wiederaufnahme der Arbeit. Dafür kann kein Westberliner an den Feiertagen zur Erholung ins Grüne fahren, und uns bringt man um unseren Verdienst, den wir bitter nötig haben."

In diesen Sätzen drückt sich die Auffassung aller Berliner, denen eine gesunde Entwicklung der Stadt am Herzen liegt, über die Sabotage-Aktion der UGO gegen die Berliner S-Bahn aus. Die Absichten, die die UGO-Kapitäne mit ihren sinnlosen Zerstörungsakten und ihrer Verhetzung verfolgen, sind allzu sichtbar geworden. Jeder Einsichtige weiß heute, daß es ihnen nicht um vernünftige Lebensbedingungen für die Westberliner Eisenbahner geht. Sonst hätten sie von Anfang an ihre Forderungen an den gerichteten, der in erster Linie verantwortlich für die Einführung der Westmark als alleiniges Zahlungsmittel in den Westsektoren ist; an Herrn Reuter und seine Mit-

- 3 -

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Kommentare - 3 -

arbeiter. Dieser seltsame Herr war nicht bereit, die Verantwortung für seine Anordnung zu tragen. Die Reichsbahn, die der Berliner Bevölkerung die Folgen einer S-Bahn-Stillegung ersparen wollte, fand sich bereit, den Eisenbahnern 60% ihres Gehalts in Westgeld zu zahlen. Herr Reuter und sein "Magistrat" aber beschlossen schnellstens, den nichtarbeitenden Eisenbahnern Arbeitsausfallunterstützung zu zahlen. Rechnet man die von der UGO gewährte Unterstützung und die durch die vertriebenen Care-Pakete noch hinzu, dann begreift man, worauf es Herrn Reuter ankommt. Nicht die Beseitigung einer wirtschaftlichen Härte für die Eisenbahner liegt ihm am Herzen, sondern die Aufrechterhaltung eines chaotischen Zustandes in Berlin.

Jedermann erhofft von Paris die Wiederherstellung der Einheit Berlins. Nicht so Herr Reuter, der dann wahrscheinlich ganz von der Bildfläche verschwinden würde, denn niemand wird vom Vater aller Spaltungsmanöver einen Beitrag zur Einigung erwarten. So verwundert es auch niemanden, wenn die Versuche, die S-Bahn ebenfalls zu spalten, jetzt noch von der UGO und ihren Hintermännern weiter betrieben werden. Nachdem sie bereits einmal von den Westberliner Kommandanten belehrt wurden, daß sie sich über die Folgen einer solchen Spaltung nicht im klaren seien, versuchen sie jetzt mit dem Vorschlag, ein "Personalbüro West" und eine getrennte Kassenführung in der Reichsbahndirektion einzuführen, den chaotischen Zustand weiter zu erhalten und zu verschlimmern.

So erleben wir das traurige Bild, daß kein Berliner mehr einen Grund dafür sieht, daß die S-Bahn nicht fährt, daß selbst Dr. Friedensburg im RIAS erklärt, daß die Lohnzahlung, um die der "Streik" angeblich geführt wurde, geklärt ist und damit kein Anlaß zur Fortsetzung des sogenannten Streiks mehr besteht. Wir erleben, daß die Eisenbahner selbst nicht mehr begreifen, warum man sie an der Wiederaufnahme der Arbeit noch hindert und die Bahnhöfe im Westen nach wie vor von Stumm-Polizei besetzt sind, so daß die Zerstörungen, die verbrecherische Elemente angerichtet haben, noch nicht ausgebessert werden können.

Es genügt aber nicht, daß jeder vernünftige Berliner die Hintergründe dieser gemeingefährlichen UGO-Machenschaften begreift, es genügt nicht, daß die Eisenbahner den Willen zur Wiederaufnahme der Arbeit haben, es kommt vielmehr darauf an, daß jeder in Westberlin sich gegen diese Methoden der UGO und des Reuter-"Magistrats" wendet. Die Situation ist so, daß nur durch den Druck der Bevölkerung diese Saboteure der Einheit Berlins und des Wiederaufbaues der Stadt in ihre Schranken verwiesen werden können. Hier muß die Berliner Bevölkerung das entscheidende Wort selbst sprechen.

(W.K.)

#### Deutschlands Jugend - Deutschlands Zukunft

B e r l i n (PD)

Das zeigte uns die Leipziger Tagung des III. Parlaments der Freien Deutschen Jugend: Deutschland hat eine Zukunft, weil es eine fortschrittlichen zukunftsfreudige Jugend hat! Deutschland hat eine Zukunft, weil seine Jugend den Frieden und die Einheit Deutschlands

- 4 -

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Kommentare - 4 -

will! Diesen Willen hat sie bereits bei den Wahlen des Deutschen Volkskongresses mit dem großen Anteil der Jugendstimmen bewiesen.

Damit ist es gelungen, gerade die Jugend von der verbrecherischen Naziideologie zu befreien. Von Krieg und Faschismus verhetzt und belogen, in ihrer Entwicklung bedroht und gehemmt, ist sie heute bereits von einem neuen demokratischen, humanistischen Geist erfüllt. Vor allem aber ist es gelungen, sie zu Kämpfern für die Einheit Deutschlands, die Erhaltung seiner nationalen Existenz und für den Frieden zu gewinnen.

Die Jugend der Ostzone und mit ihr die Vertreter der Jugend aus ganz Deutschland haben der Welt bewiesen: die deutsche Jugend will kein neues Kriegsabenteuer! Die deutsche Jugend will den friedlichen Wiederaufbau, sie will arbeiten und vorwärtskommen. "Die Jugend steht bei der Verteidigung des Friedens unbeirrbar an der Seite der Friedenskräfte der ganzen Welt, insbesondere der Sowjetunion." Mit diesen Worten gab Erich Honecker dem Willen der deutschen Jugend von heute Ausdruck. "Wir werden niemals zulassen, daß unser Vaterland zerrissen wird."

Das heutige demokratische Deutschland hat in der Verfassung für die deutsche demokratische Republik, die der 3. Deutsche Volkskongreß angenommen hat, der Jugend eine große Aufgabe zugewiesen. Wilhelm Pieck, der Präsident des Deutschen Volksrates, wies in Leipzig auf die große Bedeutung des Artikels 52 dieser Verfassung für die deutsche Jugend hin, die zum erstenmal in der deutschen Geschichte allen Jugendlichen ab 18. Lebensjahr das Wahlrecht als mündige Bürger gibt, im Gegensatz zu allen reaktionären Kräften, die der Jugend das Recht und die Fähigkeit zur Selbstentscheidung absprechen.

Diese Jugend hat auf ihrem III. Parlament die neue Verfassung der FDJ einstimmig angenommen, an deren Spitze die Forderungen nach der Einheit Deutschlands, dem Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, dem Abzug der Besatzungstruppen und der Abschaffung des Ruhr- und Besatzungsstatuts stehen. Diese Verfassung zeugt also von dem großen politischen Verantwortungsbewußtsein der deutschen demokratischen Jugend. Sie verankert die Prinzipien der antifaschistischen demokratischen Ordnung. Die Verfassung der deutschen Jugend ist ein Kampfprogramm für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den Frieden.

Die Jugend Deutschlands will a r b e i t e n. Sie will schleunigst das Elend des Krieges und der Nachkriegszeit überwinden und zu einem normalen, besseren Leben kommen. Sie weiß, der Weg dorthin geht nur über die Arbeit. Und die Jugend hat in Tausenden von Beispielen, in der Aktivistenbewegung und in Wettbewerben an allen Fronten der Arbeit, in der Industrie wie in der Landwirtschaft gezeigt, daß sie sich mit Begeisterung in die Arbeit wirft und aus einem neuen Geiste heraus schon jetzt erstaunliche Erfolge und Leistungen aufweisen kann. Mit Ernst und Verantwortungsbewußtsein geht die heutige Jugend an ihre Arbeit. Das beweisen ihre Entschlüsse und Forderungen auf dem III. Parlament, die sich mit der Planung und Lenkung des Berufsnachwuchses, der Berufsausbildung,

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Kommentare - 5 -

dem Berufswettbewerb, der Förderung junger Aktivisten und dem Schutz der Landarbeiterjugend usw. befassen.

Eine der wichtigsten Ergebnisse dieser Jugendtagung ist aber wohl, daß sie wiederum den Beweis erbracht hat, daß über alle Zonen-  
grenzen hinweg bei der deutschen Jugend ein eiserner Wille besteht, zueinanderzukommen und g e m e i n s a m für eine gemeinsame Zukunft in einem einheitlichen Deutschland zu kämpfen. Daß die deutsche Jugend in diesem Kampf jedoch nicht allein steht, zeigen die zahlreichen ausländischen Delegierten, die die Grüße der fortschrittlichen Jugend der Welt nach Leipzig trugen. Und nicht nur die natürlichen Verbündeten, die Jugend der sozialistischen Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder, sondern auch die Vertreter der fortschrittlichen Jugend Englands, Italiens, Norwegens, Dänemarks, Frankreichs usw. übermittelten, die Verbundenheit der Jugend ihrer Länder mit der deutschen Jugend im Kampf um ihre Lebensrechte. Wo die reaktionären Regierungen dieser Länder die Entsendung von Delegationen verhindert hatten, zeugten flammende Telegramme von der Verbundenheit und Solidarität

Wenn beim Abschluß des Parlaments an die Sieger im FDJ-Aufgebot für hervorragende Mitgliederwerbung 25 Sturmflaggen, die die Namen antifaschistischer Kämpfer tragen, verliehen wurden, so ist das ein Symbol dafür, daß die neue deutsche Jugend wirklich neue Ideale gefunden hat und sich <sup>in</sup> ihrem Geiste zum Kampf um die Zukunft eines einheitlichen demokratischen friedliebenden Deutschlands bekannt. Und darum können wir heute mit Recht und mit Stolz sagen, daß Deutschland wieder eine Zukunft hat.

A.St.

#### Die kalte Annexion des Saargebiets

B e r l i n (PD)

Der französische Hohe Kommissar für das Saargebiet Granval erklärte auf einem Kongreß der ostfranzösischen Presse in Saarbrücken, in Anwesenheit amerikanischer und englischer Besatzungsvertreter, die Saarfrage sei geregelt, die noch fehlende internationale Anerkennung könne man abwarten. Diese französische Erklärung während der Pariser Außenministerkonferenz ist ein Beweis dafür, welcher Schacher unter den Westmächten auf Kosten des deutschen Volkes getrieben wird.

Der französische Imperialismus betreibt seit Ende des zweiten Weltkrieges mit Unterstützung der separatistischen Parteien des Saargebiets, zu denen sich auch die SPD gesellt, eine Politik der kalten Annexion des Saargebiets, seiner Abtrennung von Deutschland. Er benutzt das Fehlen eines Friedensvertrages für Deutschland dazu, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Die bürgerliche "Neue Zeit" hat im Januar 1947 anerkannt, <sup>eine</sup> "daß die Führung der kommunistischen Partei der Saar als einzige/völlig klare und eindeutige Haltung für die politische und wirtschaftliche Einheit der Saar mit Deutschland einnimmt".

- 6 -



Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Kommentare - 6 -

Die Pariser kommunistische "Humanité" hatte schon im April 1947 darauf hingewiesen, daß zwischen Amerika und der französischen Regierung ein Schacher vor sich geht, in dem der französische Imperialismus das Saargebiet als Preis dafür erhalten soll, daß es den Marshall-Plänen in bezug auf das Ruhrgebiet und Westdeutschland zustimmt, von dem Potsdamer Abkommen abgeht. Von der Sowjetunion wurde die Abtrennung des Saargebiets von Deutschland wiederholt als unerlaubte, eigenmächtige, den Potsdamer Beschlüssen widersprechende Handlung gebrandmarkt. Ganz klar wurde der amerikanisch-französische Kuhhandel um das Ruhrgebiet im Frühjahr 1948, als Amerika zu den französischen Saarlänen seine Zustimmung gab, nachdem sich Frankreich mit den amerikanischen Plänen der Bildung einer Trizone zur Spaltung Deutschlands, zur Bildung des westdeutschen Separatstaates einverstanden erklärt hat.

Schritt für Schritt wurde das Saargebiet in das französische Zoll- und Währungsgebiet einbezogen, die Grenze nach Deutschland paß- und zollrechtlich als Auslandsgrenze gesperrt, die Grenze nach Frankreich dagegen völlig geöffnet, Souveränitätsrechte des angeblich unabhängigen autonomen Saarlandes, vor allem die außenpolitische Vertretung an Frankreich übergeben. Damit ist die Autonomie des Saarlandes zu einer Farce geworden, was am krassesten in der Erklärung der separatistischen Saarregierung im August 1948 zum Ausdruck kam, das Saargebiet habe sich "von Deutschland staatspolitisch getrennt und seine Souveränitätsrechte an Frankreich übertragen".

Die kalte Annexion durch Frankreich wurde zuerst im Januar 1948 deutlich, als die französische Regierung ihre Absicht kundgab, die Saarkohle aus dem deutschen Wirtschaftsbereich herauszunehmen und den Handel zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Westdeutschland aus "Außenhandel" zu verrechnen. Dieser Entwicklung haben alle politischen Parteien des Saargebiets gegen die Stimmen der Kommunisten vor den Wahlen im Oktober 1947 mit ihrem Verfassungsentwurf den Weg geebnet, in dem die politische Unabhängigkeit des Saarlandes von Deutschland und die Übertragung von Hoheitsrechten an Frankreich, sowie Anschluß an das französische Zoll- und Währungsregime niedergelegt waren.

Das Saargebiet mit über 30 Hochöfen, 54 Stahlöfen, 66 Kohlenförderschächten, die vor dem Kriege 23% der gesamtdeutschen Roh-eisengewinnung, 18% der Stahlerzeugung, 9% der Kohleförderung besorgten, ist ein Bestandteil Deutschlands und kann gegen den Willen des deutschen Volkes nicht von Deutschland abgetrennt werden. Das deutsche Volk wird die zwischen Amerika und Frankreich abgeschlossenen Schachergeschäfte um das Saargebiet niemals anerkennen.

Das Beispiel der kalten Annexion der Saar durch den französischen Imperialismus mit Unterstützung Amerikas zeigt, wie dringlich der Kampf um die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands durch eine Nationale Front, wie notwendig der Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages ist, in dem die Einheit Deutschlands verankert werden muß.

G.K.

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949

Artikeldienst  
=====

Die Aufgaben im Bauwesen

Im Volkswirtschaftsplan der Ostzone sind für das Jahr 1949 Kapitalinvestitionen in Höhe von 1,4 Milliarden Mark vorgesehen, und der grössere Teil dieser Summe wird für Bauarbeiten verwandt werden. Das in diesem Jahr zu verwirklichende Bauprogramm übersteigt bei weitem den Umfang der Bauarbeiten, die in den Vorjahren durchgeführt wurden. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass zum ersten Male eine zonal einheitliche Festlegung des Bauplanes vorgenommen wurde und in diesem Plan eine Aufteilung der verschiedenen Arten der Bauten erfolgte. Das Ziel des Volkswirtschaftsplanes, den Wiederaufbau der Wirtschaft durchzuführen und gleichzeitig die materielle, soziale und kulturelle Lage der Bevölkerung zu verbessern, wird mehr als in anderen Wirtschaftszweigen im Bauwesen sichtbar.

Neben wichtigen Fabriken und Gruben, landwirtschaftlichen Gebäuden, Kulturhäusern, Strassen- und Brückenbauten ist auch der Neubau und die Instandsetzung von Wohnungen in grösserem Umfange vorgesehen. Wenn allein das im Volkswirtschaftsplan festgelegte Bauprogramm verwirklicht wird, werden am Jahresende über 73 000 Wohnungen mehr als am Jahresbeginn in vollem Umfange für die Benutzung brauchbar sein.

Wir sind jedoch angesichts des grossen Bedarfs der werktätigen Bevölkerung und insbesondere der verdienstvollen, anstrengenden Arbeit vieler Aktivisten der Meinung, dass über den festgelegten Plan hinaus weiterer Wohnraum noch in diesem Jahr zusätzlich geschaffen werden muss. Die Arbeiter in Stadt und Land, besonders im Bergbau und einigen anderen Industriezweigen, fordern mit Recht von der Bauwirtschaft eine grössere Aktivität, als bisher sichtbar gewesen ist. Dabei soll keineswegs verkannt werden, dass teilweise auch in den volkseigenen Baubetrieben die Aktivistenbewegung sich ausbreitet und das Beispiel des Hennecke-Aktivisten Sack und anderer Nachahmung gefunden hat. Aber jetzt, da ein einheitliches Bauprogramm der Arbeit zugrunde liegt, ist es notwendig, systematisch die Arbeit im Bauwesen zu organisieren. Mit der Schaffung der Hauptverwaltung Bauwesen in der Deutschen Wirtschaftskommission sind dafür auch die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen worden.

Im Gegensatz zu der Lage in den westlichen Zonen Deutschlands, wo nach Berichten der westdeutschen Wirtschaftsverwaltung sich auch im Monat April die Lage auf den Bauplan nicht verbessert hat, können wir feststellen, dass in der Ostzone die Bausaison mit einer verstärkten Bautätigkeit begonnen wurde. So wurden neben tausenden von Neubauerngehöften und wichtigen Industriebauten auch zahlreiche Neubau- und Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden, besonders in den im Volkswirtschaftsplan genannten Städten, in Angriff genommen. Man kann jedoch nicht sagen, dass schon überall die notwendige Initiative zur Verwirklichung des Bauplanes vorhanden ist.

Pressedienst  
(FD)

7. Juni 1949  
Artikeldienst - 2 -

Wenn in diesem Jahre nicht nur die Planaufgaben, sondern darüber hinaus zusätzliche Bauarbeiten durchgeführt werden sollen, so ist eine schnelle und entschiedene Wendung im Bauwesen notwendig. Für die Errichtung eines Bauwerks benötigt man in erster Linie Arbeitskräfte, Baumaterial, Maschinen, Geräte und Geld. Wie sieht es nun mit den verschiedenen Faktoren aus? Einen grossen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeit haben die Bautechniker, Ingenieure und Architekten. An ihnen liegt es jetzt, die wirklich brauchbaren und zweckmässigen Entwürfe und Vorschläge nicht nur zu Papier zu bringen, sondern auch schnellstens zu verwirklichen. Dabei haben sie ein Recht darauf, dass entsprechend ihrer gesellschaftlichen Funktion und der grossen Verantwortung, die sie zu tragen haben, auch ihre materielle Lage gesichert ist.

Wir alle wissen, dass ein Mangel an Baufacharbeitern sich überall bemerkbar macht. Wie können wir diesen Mangel schnell überwinden? In erster Linie gilt es, die Organisation und die Arbeitsmethoden in den volkseigenen Baubetrieben zu verbessern. Allzuoft müssen wir feststellen, dass es auf vielen Baustellen an der notwendigen Ordnung mangelt und dadurch viele unnötige Arbeit geleistet wird. Dieser Zustand dient nicht der Steigerung der Arbeitsproduktivität, verhindert eine schnelle Fertigstellung der Bauten, und gleichzeitig ist ein unverhältnismässig hoher Verlust an Baustoffen vorhanden. Weiterhin müssen wir endlich davon abkommen, dass die Facharbeiter viele Nebenarbeiten verrichten. So ist es unverständlich, dass noch fast überall die Maurer den Mörtel an der Arbeitsstelle sich selbst zubereiten müssen und die Zimmerleute einen grossen Teil ihrer Arbeitszeit für den Transport von Balken verwenden. Eine wichtige Aufgabe besteht darin, die neuen fortschrittlichen Arbeitsmethoden der Aktivisten zu verallgemeinern. Gleichzeitig ist eine bessere Qualität der Arbeit notwendig. Die Arbeitsvorbereitung, die Ausarbeitung von technisch begründeten Arbeitsnormen und die verstärkte Einführung von Leistungslöhnen werden ohne Zweifel mit dazu beitragen, den Mangel an Facharbeitern in den volkseigenen Baubetrieben zu vermindern und in diesen Betrieben, die gesellschaftliches Eigentum sind, die Überlegenheit gegenüber den privaten Bauunternehmungen mit sich bringen. Die Wettbewerbsbewegung ist nur ungenügend entfaltet, und hierbei sollte das grosse Beispiel der Jugend, die vorbildlich an der Erfüllung der selbst gestellten Aufgaben für die Errichtung des Jugenddorfes usw. herangeht, stärkstens nachgeahmt werden. Die Industriegewerkschaft Bau im FDGB hat eine grosse Arbeit geleistet. Jetzt kommt es darauf an, die bisher passiven Kräfte ebenfalls zu aktivieren.

Hinsichtlich der richtigen zweckmässigen Verwendung des Baumaterials, der Einsparung von Baustoffen und der Ausnutzung der örtlichen Reserven ist noch vieles zu verbessern. Der Grundsatz bei allen Bauarbeiten muss sein: Nicht so fest wie möglich, sondern so fest wie nötig. Viele volkseigenen Kalk- und Zementwerke haben ihre Produktionspläne vorfristig erfüllt, und somit stehen zusätzlich Baustoffe in grösseren Mengen zur Verfügung. Aber auch in der Baustoffproduktion sind noch einige Lücken. So ist die Umstellung auf die Produktion von Holzziegeln und Dachziegeln absolut ungenügend. Es entspricht z.B. nicht den Bedürfnissen der Bauwirtschaft, dass die VVB Steine und

Pressedienst  
(FD)

7. Juni 1949

Artikeldienst

- 3 -

Erden im Lande Sachsen ihren Betrieben nur Produktionsauflagen für Mauerziegel allgemein gibt, ohne detaillierte Sortenpläne verbindlich aufzustellen. Neben der Verwendung von neuen Baustoffen gilt es verstärkt die in grossen Mengen vorhandenen Trümmer zu verwerten und dabei die freiwillige Hilfe der Bevölkerung zu organisieren. Nicht Trümmerbeseitigung, sondern Trümmerverwertung unter weitgehender Mechanisierung der Arbeit ist das Gebot der Stunde. Die wertvollen Ergebnisse der Baustoffforschung gerade auf diesem Gebiet sind gegenwärtig weitgehend besonders im Wohnungsbau anwendbar.

Die Finanzierung der Bauvorhaben ist von grosser Bedeutung. Durch richtige Planung der Bauobjekte, gründliche, sparsamste Kalkulation, gewissenhafte Ausschreibung, Vergebung und Abrechnung der Bauarbeiten, also durch eine geordnete Baubetriebswirtschaft, wird es möglich sein, die Baukosten erheblich zu senken und finanzielle Mittel für zusätzliche Bauvorhaben freizumachen. Es mangelt an einer gründlichen Kontrolle. Wie könnte es sonst vorkommen, dass volkseigene Industriebetriebe teilweise Bauarbeiten an private Unternehmer vergeben, ohne vorher einen Kostenanschlag einzuholen und einen detaillierten Bauvertrag abzuschliessen? Bei diesem Verfahren konnte festgestellt werden, dass die Baukosten doppelt so hoch wie vertretbar waren und der Lohnanteil bis zu 80 % betrug. Wir sind dafür, dass das Vertragssystem mit den privaten Baubetrieben für alle Bauleistungen schnellstens zur Anwendung kommt und nicht weiterhin die vom Volke aufgebracht Gelder verschiedentlich in leichtsinniger Weise ausgegeben werden.

Im Interesse der Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der werktätigen Bevölkerung und entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten ist dringend notwendig, dass die verantwortlichen Wirtschaftsverwaltungen baldigst zusätzliche Baupläne veröffentlichen und dabei neue Wege hinsichtlich der Finanzierung und Durchführung durch Beteiligung breiter Kreise der Bevölkerung beschritten werden. So wie in der Industrie und in anderen Zweigen der Wirtschaft die Pläne übererfüllt werden, so muss es durch Mobilisierung aller im Bauwesen tätigen Kräfte möglich sein, das Bauproduktions-Volumen in diesem Jahre in grossen Masse zu steigern und mehr Wohnungen und andere notwendige Bauten zu errichten.

Willi Stoph

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949

Stimmen des Auslandes  
=====

Englische Stimme für Wyschinskij

(PD)

Zur Aussenministerkonferenz schreibt "New Statesman and Nation" vom 28. Mai:

"Wyschinskij ... enthielt sich beissender Kommentare - die man hätte erwarten können - über die Haltung der westlichen Militärmächte, die diese gegenüber den Aufführern auf der von den Russen kontrollierten Berliner S-Bahn eingenommen haben. Als jedoch Wyschinskij seine positiven Vorschläge in Bezug auf die deutsche Einheit machte, machte sich seitens der englischen und amerikanischen Korrespondenten sofort die Tendenz bemerkbar, seine Vorschläge als unkonstruktiv und unannehmbar zu bezeichnen.

Dies ist unserer Meinung nach eine falsche und wenig nützliche Auslegung der russischen Haltung. Als er zu seinen positiven Vorschlägen kam, war die wichtigste Stelle seiner Rede nicht die über die Viermächtekontrolle, sondern seine Befürwortung eines deutschen Staatsrats, in welchem Repräsentanten aller Zonen die Arbeit der verschiedenen deutschen Körperschaften koordinieren sollten.

Wenn der Westen einfach darauf besteht, dass die sowjetische Zone politisch mit der Trizone verschmolzen wird, so geht die Möglichkeit einer Entspannung verloren. Wyschinskijs Angebot ist zu gut, als dass man es unter den Tisch fallen lassen könnte."

(G.G.)

Für Ost-West-Handel

(PD)

Zur Aussenministerkonferenz schreibt "New Statesman and Nation" vom 28. Mai:

"Viel mehr als nur die Zukunft Deutschlands steht in den Verhandlungen der Aussenminister auf dem Spiel. Der Kampf um Deutschland umfasst Probleme, an denen nicht nur Krieg und Frieden für Europa und damit für die ganze Welt hängen, sondern auch die europäische Entwicklung der kommenden kritischen Jahre. In den Pariser Diskussionen sind militärische, politische und wirtschaftliche Fragen untrennbar miteinander verbunden.

Vom wirtschaftlichen Standpunkt ist die Teilung Europas in zwei Gebiete mit einem nur begrenzten Handel zwischen beiden eine Absurdität. Dagegen spricht die ganze geschichtliche Entwicklung. Sie ist völlig unvereinbar mit der wirtschaftlichen Struktur Westeuropas. Sie würde nicht nur die Abhängigkeit des Westens von den Dollar-Lebensmittellieferungen bedeuten, die die westlichen Länder einfach nicht zahlen können, sondern ausserdem noch die Einfügung einer wiederhergestellten deutschen Industrie in einen Markt bedeuten, auf dem für sie kein Platz ist. Der natürliche Weg eines deutschen Exports ist hauptsächlich der Osten und Südosten.



Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Stimmen des Auslandes - 2 -

Deutschland und auch England müssen die Freiheit haben, mit Osteuropa Handel zu treiben, ohne dass ihnen hindernde militärische Bedingungen in den Weg gelegt werden. Es wäre das naheliegendste, einen ungehinderten Handel zwischen West- und Osteuropa wieder aufzunehmen. Derartige wirtschaftliche Beziehungen würden folgerichtig zu einer Zurückziehung der amerikanischen Hilfe führen ohne die Gefahr eines Zusammenbruchs Westeuropas... Es ist die Frage, ob die Amerikaner weiter Deutschland und die anderen westlichen Länder als 'Bollwerk gegen den Kommunismus' zu erhalten wünschen, oder ob sie, um ihren finanziellen Schwierigkeiten zu entgehen, Westeuropa gestatten werden, den Osten zu 'entwickeln', und einer deutschen Politik, die mit diesem Ziel übereinstimmt, zustimmen... Wir können es uns nicht leisten, uns irgendeine Möglichkeit noch so begrenzter Vereinbarungen, die uns eine Atempause gönnen, entgehen zu lassen, wenn sie ausserdem unter Bedingungen stattfinden, die den Handel zwischen Ost und West fördern und der deutschen Industrie einen Markt bieten."

(G.G.)

Amerikanische Anleihebedingungen

(PD)

"New Statesman and Nation" schreibt am 28. Mai:

"Das Wichtigste der wirtschaftlichen Probleme, die eine unabänderliche Teilung Europas mit sich bringen würde, ist die Aussicht eines erheblichen und sich fortsetzenden Dollardefizits auch nach 1952. Wenn Westeuropa den Druck des Atlantikpakts aushalten soll und gleichzeitig gezwungen wird, seinen Handel zu balancieren, ohne eine ganz erhebliche Ausdehnung desselben mit Osteuropa vorzunehmen, müssen die Dollars woanders gefunden werden. Die Aussicht, dass eine irgendwie ins Gewicht fallende Erhöhung der Marshall-Plan-Darlehen erfolgen wird, ist gering. Das Bewilligungskomitee des amerikanischen Repräsentantenhauses hat schon jetzt eine fünfzehnprozentige Kürzung der Fonds für die nächste Zeit vorgeschlagen. Da die europäischen Exporteure nicht erwarten können, Dollarverkäufe in dem Umfange zu tätigen, wie dies die Summe des jährlichen Defizits nötig machen würde, so würden als einziger Ausweg private amerikanische Investitionen übrig bleiben.

Die Bedingungen, unter welchen solche zu erwarten wären, wurden diese Woche von Herrn Aldrich von der 'Chase National Bank' mit brutaler Offenheit verkündet: Europa muss in dem Maße aufrüsten, wie dies 'die Sicherheit erfordert'; jedes Gläubigerland muss die 'Bedrohung durch den Kommunismus' abgeschafft haben; es hat 'wirtschaftlich stabil' zu sein und muss 'realistische Preise' haben, was sich in manchen Fällen auf eine Abwertung der betreffenden Währung beziehen dürfte; jeder Gläubiger müsse 'die richtige Einstellung' haben und versprechen, amerikanisches Kapital 'fair' zu behandeln und dafür garantieren, dass es nicht enteignet werde.

Dies sind in Kürze die Bedingungen der Privatinvestitionen im 'amerikanischen Jahrhundert'. Sie mögen in dem von General Clay geschaffenen Westdeutschland akzeptabel sein; für England oder jedes andere selbständige Land sind sie untragbar."

(G.G.)

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Stimmen des Auslandes - 3 -

Krise in den USA nimmt ihren Fortgang

(PD)

"New Statesman and Nation" vom 28. Mai schreibt:

"Der Abstieg in Amerika geht weiter. Offizielle Statistiken zeigen einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit um 330 000 Menschen im April. Da diese Statistiken nicht vollständig sind, und da es eine dauernd steigende Zahl von Kurzarbeitern gibt, ist der Stand der Arbeitslosigkeit noch weit höher. Während der letzten fünf Monate ist der durchschnittliche Wochenlohn um 2,50 Dollar gesunken und die Länge der durchschnittlichen Arbeitswoche - die knapp mehr als 38 Stunden beträgt - ist die kürzeste seit Kriegsende. Die Abnahme der Nachfrage, die auf verminderte Verdienste zurückzuführen ist, hat begonnen, auch die Produktion in Mitleidenschaft zu ziehen. Eine fortschreitende Abnahme der Produktion könnte Ende dieses Jahres zu einer Arbeitslosigkeit von zehn Millionen Menschen führen... Die europäische Wirtschaft ist amerikanischen Schwankungen gegenüber äusserst empfindlich, die steigende Arbeitslosigkeit z.B. in Belgien, Italien und Westdeutschland steht in enger Beziehung zum Rückgang in den USA."

(G.G.)

"Interventionsrecht" in Deutschland

(PD)

In der dem französischen Aussenministerium nahestehenden Zeitung "Le Monde" vom 27. Mai schreibt Maurice Duverger über eine "Neutralisierung" Deutschlands:

"Notwendigerweise müsste man den Garanten das Recht der Intervention mit allen Mitteln in Deutschland zugestehen. Der alte Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten der Staaten entspricht veralteten politischen und sozialen Strukturen und muss endgültig abgeschafft werden."

Gegen welche "Gefahr" das ständige Einmischungsrecht ausländischer Staaten in Deutschland gefordert wird, geht aus Bemerkungen des Aufsatzes hervor, man müsse verhindern, dass sich in Deutschland "ein Regime nach sowjetischem Muster bildet". Das Interventionsrecht soll sich also gegen die Werktätigen, gegen die deutsche Demokratie überhaupt richten.

(D.B.)

Zur Information

Nationalismus und sozialistischer Patriotismus

(Aus dem Referat des Genossen Vaclav Kopecky auf dem 9. Parteitag der KP der Tschechoslowakei)

Wenn wir von Patriotismus, Nationalstolz, nationaler Kultur sprechen, dann hat dies nichts gemein mit Nationalismus. Nationalismus ist ein Element der bürgerlichen Klassenideologie, der bürgerlichen

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Stimmen des Auslandes - 4 -

Mentalität. Nationalismus ist die Frucht der kapitalistischen Epoche, dessen Konkurrenzcharakter die Bourgeoisie dazu führte, mit nationalen Losungen ihr ausschließliches Recht auf die Ausbeutung des Volkes des eigenen Landes zu maskieren, ihre Märkte und Besitzungen gegen die gierigen Zugriffe der Bourgeoisie anderer Länder zu hüten. Unter der Maske der Gleichheit der nationalen Interessen der verschiedenen Klassen der nationalen Solidarität, bemühte sich die Bourgeoisie, das arbeitende Volk und die Arbeiterschaft des eigenen Landes unter ihren Einfluß zu bringen, sie durch Entfaltung des nationalen Chauvinismus gegen andere Nationen einzustellen, um so die Bemühungen um eine internationale Solidarität der Arbeiterschaft und des werktätigen Volkes unwirksam zu machen.

Dabei fühlte sich die Bourgeoisie klassenmässig solidarisch mit der Bourgeoisie anderer Länder, mit der internationalen Bourgeoisie gegen das eigene Volk. Die Bourgeoisie tarnt dieses Beginnen mit dem Kosmopolitismus. Zum Zwecke der Täuschung versucht die Bourgeoisie, den Kosmopolitismus dem Internationalismus ähnlich zu machen. In Wirklichkeit hat der Kosmopolitismus nichts mit dem Internationalismus gemein und ist ebenso wie der Nationalismus ein Element der bürgerlichen Klassenideologie. Der Kosmopolitismus ist im wesentlichen eine Unterordnung des Diener-Nationalismus unter den Herren-Nationalismus, eine Opferung des Nationalismus des schwächeren kapitalistischen Staates oder einer Reihe schwächerer kapitalistischer Staaten zugunsten des Großmacht-Nationalismus, des Nationalismus des führenden imperialistischen Staates (früher des großdeutschen, großfranzösischen, großbritischen und heute des amerikanischen Nationalismus).

Wir haben den Nationalismus stets als gefährliches Element der bürgerlichen Klassenideologie bekämpft. Wir sind heute verpflichtet, die Reste des bürgerlichen Nationalismus und jegliche nationalistische Tendenz mit der grössten Entschiedenheit zu bekämpfen, da wir den Weg der Volksdemokratie zum Sozialismus gehen, den Einflüsse des bürgerlichen Nationalismus und nationalistische Neigungen äusserst schädlich beeinflussen könnten.

Das Beispiel Jugoslawien, das Vorgehen der nationalistischen Führerclique Titos, ihr Verrat und ihre heutige Position sind ein warnender Beweis dafür, wohin nationalistische Einstellung führt, die sich in der eingebildeten Vorstellung vom "eigenen mächtigen Reich" äussert, in der Einbildung, als wäre es möglich, den Sozialismus zu bauen und aufzubauen ohne Hilfe der anderen volksdemokratischen Länder und ohne Unterstützung der internationalen Kräfte des Sozialismus. Der Fall Jugoslawien zeigt, dass solch ein nationalistischer Standpunkt zum Verrat an der Sowjetunion, dem proletarischen Internationalismus, dem Marx-Leninismus, dem Sozialismus in das Lager des Kapitalismus, in das Lager der Imperialisten führt.

Für das Volk der Tschechoslowakei war es besonders schmerzhaft zu sehen, auf welch verhängnisvolle Abwege durch die nationalistische Clique Titos das jugoslawische Land geschleppt wurde, wie durch die Schuld ihres Verrates alles das umgestürzt wird, was in der Nachkriegszeit so grosse Hoffnungen bei den slawischen und den Völkern Mittel- und Südosteuropas erweckte. Wenn es aber jemand anfangs als unglaublich erachtete, dass Titos Führerclique so niedrigen Verrat zu üben imstande wäre und in die Position der Feindschaft gegen die Sowjetunion an der Seite der Imperialisten übergehen würde, heute wird er daran nicht mehr zweifeln. Heute sieht jeder, dass in der Gestalt der Tito-Clique

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949  
Stimmen des Auslandes - 5 -

In Jugoslawien ausgesprochen bürgerliche Nationalisten zur Macht gekommen sind, die ihren Verrat an den Interessen des jugoslawischen Volkes nur dürftig mit der Maske kommunistischer Phraseologie decken.

Die Umstände, wie sich so ein Sturz der Volksdemokratie in Jugoslawien abspielen konnte, sind ein warnendes Beispiel. Es ist klar, dass die Entstehung und die Vollendung des nationalistischen Verrates nur dadurch möglich war, dass in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens die bolschewistischen Prinzipien des Parteilebens, d.h. der Grundsatz der innerparteilichen Demokratie, des demokratischen Zentralismus, die Kritik und Selbstkritik unterdrückt wurden. Diese Grundsätze sind die Mittel, mit deren Hilfe die Arbeiterschaft die politische Linie der Kommunistischen Partei stets kontrolliert, ihren Einfluß auf sie ausüben und die Verlässlichkeit der Parteiführung überwachen kann.

Die Unterdrückung dieser Grundsätze in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens erklärt es, dass den entscheidenden Einfluß Prahler, Protzer und Abenteurer erringen konnten, die sich als "Radikale" aufspielten, um sich als trotzkistische Schädlinge und nationalistische Agenten der Bourgeoisie zu entlarven, voller Haß gegen die Sowjetunion, die Arbeiterklasse und den Kommunismus.

Wir erinnern uns daran, wie wir in den Nachkriegsjahren mit den jugoslawischen Tito-Fraktionären in Konflikt kamen, die die Politik unserer Partei als "kompromisslose Radikale" kritisierten, indem sie sich anmaßen zu behaupten, dass wir Kompromisse machen, die uns von den sozialistischen Zielen wegführen. Als dann zu Beginn des Jahres 1948 die internationale imperialistische Reaktion einen konzentrierten Angriff gegen die volksdemokratischen Länder unternahm, dessen Ausdruck die Februar-Verschwörung unserer Reaktion war, zeigte es sich, dass die jugoslawischen Pseudo-Radikalen Titos sich auf den Weg des Verrates begaben, auf den Weg der Entzweiung mit der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung, - während die KPT in den Februar-tagen des Jahres 1948 den Kampf gegen die Reaktion führte und siegreich den Weg zum Sozialismus, den Weg des allerengsten Bündnisses mit der Sowjetunion, der Einheit der internationalen Kräfte des Sozialismus betrat. Während wir jetzt dem Sozialismus immer näher und näher kommen, steht das jugoslawische Volk vor der Aufgabe, sein Land aus den Händen der imperialistischen Verschwörer zu befreien und Jugoslawien wieder zurückzuführen auf den Weg der Solidarität mit den volksdemokratischen Ländern.

Wenn wir uns als Aufgabe stellen, wachsam gegen die Gefahr des Nationalismus zu sein und jedwede nationalistische Tendenz in unserem Lande zu unterdrücken, sind wir uns dessen bewusst, was diese Aufgabe konkret bedeutet. Dies bedeutet vor allem, dass wir bis zum letzten Rest die Überreste des tschechischen und slowakischen Nationalismus austilgen müssen, den die Reaktion pflegte, indem sie hartnäckig gegen unser Bündnis mit der Sowjetunion hetzte, durch die Verbreitung der Lüge, dass die enge Verbundenheit mit der Sowjetunion eine Beeinträchtigung unserer Souveränität bedeute, oder durch den Versuch, verleumderisch die befreiende Hilfe der Sowjetunion herabzusetzen.

Es ist weiter unsere Aufgabe, die Reste des tschechischen und slowakischen Nationalismus auszutilgen, sofern er sich im Verhältnis zwischen dem tschechischen und slowakischen Volke ausdrückte. In der neuen volksdemokratischen Verfassung der Republik sind alle nationalen Rechte der Slowaken voll gesichert. Die gegenseitigen Beziehungen

Pressedienst  
(FD)

7. Juni 1949.

Stimmen des Auslandes - 6 -

unserer beiden Nationen sind im Zeichen des Weges zum Sozialismus geregelt und es beginnt eine neue glückliche Periode der tschechoslowakischen Zusammenarbeit. Es ist nötig auf tschechischer wie auf slowakischer Seite, die zu bekämpfen, die diese brüderliche tschechisch-slowakische Zusammenarbeit durch Aufrechterhalten der nationalen Voreingenommenheit und des nationalen Chauvinismus schädigen wollen. Wir müssen es wahr machen, dass auf dem Wege zum Sozialismus im Verhältnis der Tschechen und Slowaken die letzten Schatten der Vergangenheit beseitigt werden und dass das tschechische und das slowakische werktätige Volk heute auch durch das Netz der roten sozialistischen Partei der Tschechoslowakei verbunden, im vollsten Einvernehmen und Zusammenarbeit den Sozialismus als feste materielle Grundlage der Gleichberechtigung und der Verbrüderung beider Nationen der Tschechen und der Slowaken und der staatlichen Einheit verwirklichen.

Es ist nötig, allmählich auch die Einflüsse des Nationalismus zu überwinden, welche die Durchführung der Neuordnung der Stellung der ungarischen Bürger in unserer Republik bremsen und die uns hindern würden, den ungarischen Arbeitern und dem ungarischen arbeitenden Volk, das uns in der Slowakei den Sozialismus aufbauen hilft, die brüderliche Hand zu reichen.

Alle Einflüsse des bürgerlichen Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus ablehnend, halten wir die Idee des proletarischen Internationalismus auch nach aussen hoch. Denn das ist die Idee, die, geboren aus der internationalen Klassensolidarität der Arbeiterschaft, bewährt in den Kämpfen des arbeitenden Volkes durch die roten Fahnen der Kämpfer für den Sozialismus versinnbildlicht, im Lichte des siegreichen Landes des Sozialismus strahlend, uns auch heute als leitende Idee sicher auf unseren Weg zum Sozialismus führt.

Wir wissen, dass wir sicher und erfolgreich zum Sozialismus gelangen werden, wenn wir im Sinne des proletarischen Internationalismus uns die Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder sichern, und uns im Geiste des proletarischen Internationalismus mit all den Kräften in Europa und der Welt, die sich nach einem neuen Leben, nach einer neuen menschlichen Ordnung, nach dem Sozialismus sehnen, verbinden.

Der Weg zum Sozialismus erfordert, dass wir in unseren Beziehungen nach aussen konsequent die Grundsätze des proletarischen Internationalismus befolgen. Bekanntlich wurden die Bündnisverträge der Tschechoslowakei anfangs auf der Idee der slowakischen Brüderschaft aufgebaut, die aus dem siegreichen Krieg mit dem deutschen Faschismus gerettet hervorging. Aus den Gefühlen der slowakischen Brüderschaft entwickelte sich unser Bund mit dem volksdemokratischen Bulgarien, wobei die Solidarität unserer volksdemokratischen Länder, unser gemeinsamer Weg zum Sozialismus diesen slawischen Bündnisverträgen die festeste Grundlage gab. Das Gefühl der slawischen Brüderschaft ist in uns weiterhin lebendig. Diese slawischen Gefühle schliessen aber unsere Bündnisse mit den nichtslawischen Volksdemokratien nicht aus. Während unsere Wege und die der Renegaten der jugoslawischen Führer-Clique, deren nationalistischer Verrat auch ein Verrat an den Interessen der slawischen Brüderschaft und den traditionellen tschechoslowakisch-jugoslawischen Beziehungen war, auseinandergingen, brachte



Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949

Stimmen des Auslandes - 7 -

uns der gemeinsame Weg zum Sozialismus zu einem Bündnis mit dem volksdemokratischen Rumänien und mit dem volksdemokratischen Ungarn. Also Bündnisse mit zwei nichtslawischen volksdemokratischen Ländern, zu denen bald auch die Volksrepublik Albanien hinzukommen wird.

Wir waren glücklich, dass das gesamte tschechoslowakische Volk den Abschluss des tschechoslowakisch-ungarischen Bündnis-Vertrages vom 16. April 1949 so freudig aufgenommen hat. Es war sich bewusst, dass das heutige Ungarn nicht mehr das alte Ungarn der Grafen, Feudalherren, Grossgrundbesitzer und Kapitalisten ist, das immer so feindliche gegen die Völker unserer Republik eingestellt war, sondern dass das heutige Ungarn, von Matias Rakosi geführt, ein neues, volksdemokratisches Ungarn ist, in dem das werktätige Volk die Macht der alten Unterdrücker-Klasse gebrochen und beseitigt hat und genauso zum Sozialismus schreitet, wie das werktätige Volk der Tschechoslowakei. Für die Völker der Tschechoslowakei und das ungarische Volk gilt heute das Gebot, einträchtig zu marschieren und sich gegenseitig auf dem Wege zum Sozialismus zu helfen. Es ist für uns ein Gebot, im Verhältnis der Nationen der Tschechoslowakei und Ungarns alle Überreste der alten gegenseitigen Voreingenommenheit auszumerzen und im Sinne des proletarischen Internationalismus zwischen ihnen die Atmosphäre voller Freundschaft, Brüderlichkeit und die Zuneigung von Verbündeten zu schaffen.

Seien wir uns dessen bewusst, dass auch in unserem Verhältnis zu den demokratischen, fortschrittlichen Kräften und Volksschichten des östlichen Deutschland, deren Sprecher die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist, eine Probe unseres proletarischen Gefühls des Internationalismus liegt. Im östlichen Teil Deutschlands haben tiefgehende wirtschaftliche, soziale und politische Veränderungen stattgefunden, durch die die Macht der Junker, Bankiers und Kapitalisten vernichtet, mit der Wurzel ausgerottet worden ist. Wie die letzte Abstimmung in der Ostzone Deutschlands beweist, haben diese Veränderungen dem werktätigen Volk mit der Arbeiterschaft an der Spitze das entscheidende Wort gesichert. Es ist unsere Pflicht, die hervorragende Arbeit der SED in der Ostzone Deutschlands und der Kommunistischen Partei in Westdeutschland, ihre bedeutende Arbeit im Kampfe für die Entnazifizierung und Entmilitarisierung, für die Demokratie in Deutschland gebührend zu würdigen. Wir sind verpflichtet, diese Arbeit nicht nur zu würdigen, sondern auch in unserem eigenen Interesse mit all denjenigen unsere Solidarität zu bekunden, die in Deutschland für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfen, die dagegen kämpfen, dass die gewalttätige und aggressive Macht des deutschen Kapitalismus im Dienste des westlichen Imperialismus erneuert wird.

Wir alle wünschen, dass die Bekundung der wärmsten Sympathien, die im östlichen Deutschland tschechoslowakischen Künstlern und Delegationen entgegengebracht wurde, als ein Versprechen angesehen werden kann, dass das werktätige Volk Deutschlands und der Tschechoslowakei nie wieder einander feindlich gegenüber stehen werden, dass auch hier im Interesse des gemeinsamen Weges zum Sozialismus die proletarische internationale Verbrüderung verwirklicht wird.

- 8 -

Pressedienst  
(PD)

7. Juni 1949

Stimmen des Auslandes - 8 -

Wir wissen, dass wir im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die imperialistischen Anstifter eines neuen Krieges, für dauernden Frieden an der Seite der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder stehen, dass wir im Geiste des proletarischen Internationalismus alles tun müssen für die engste Solidarität des werktätigen Volkes der Tschechoslowakei mit dem werktätigen Volke, den fortschrittlichen demokratischen und friedlichen Kräften Frankreichs, Italiens, Englands und aller anderen europäischen Länder, mit den Kämpfern des demokratischen Griechenlands, des demokratischen Spaniens, ebenso wie mit denen ausseruropäischer Länder Nord- und Südamerikas, Afrikas und Asiens, des volksdemokratischen Chinas, Vietnams, Indonesiens, Burmas und Malayas.

Der Rahmen unseres proletarischen Internationalismus ist breit, er umfasst ganze Kontinente, die ganze Welt. Und dennoch glauben wir nicht, dass dies eine Schwächung unserer warmen, tiefen nationalen Gerühle zur eigenen Nation, zum eigenen Lande bedeuten würde. Wir verbinden unsere Begeisterung für die Idee des proletarischen Internationalismus mit der glühendsten Liebe zu den Nationen unserer Republik, zu unserer schönen Heimat. Im Geiste der sozialistischen Vaterlandsliebe entrichten wir den Kampf gegen die imperialistischen Anstifter eines neuen Krieges und wollen damit alles das festigen, woraus das neue Leben der Nationen der Tschechoslowakei geboren wurde. Im Geiste der sozialistischen Vaterlandsliebe bekämpfen wir alle antipatriotischen, kosmopolitischen Tendenzen. Wir sind überzeugt, dass diese unsere Gerühle des sozialistischen Patriotismus mit den Gefühlen der Arbeiter und des werktätigen Volkes in Frankreich und Italien, in Belgien, Holland und Norwegen im Einklang stehen, die ihr Land gegen die Pläne der Urheber des Atlantikpakt, gegen die Marshallisierung, gegen die Fremdenherrschaft verteidigen, die ihre Selbständigkeit und ihr unabhängiges nationales Land bedrohen.

Wir sind überzeugt, dass unsere sozialistische Vaterlandsliebe mit dem proletarischen Internationalismus identisch ist, der heute alle wahren Patrioten im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus und Kapitalismus eint.